

Menschenrechte unter dem Ölteppich

Autor(en): **Reimann, Manuela**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2000)**

Heft 3: **Benzin frisst ewiges Eis : Andermatt mauert, Pontresina handelt**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586659>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Menschenrechte unter dem Ölteppich

Die Kaperung von zwei Shell-Ölplattformen in Nigeria Anfang August brachte den Konzern wieder in die Schlagzeilen; aber auch andere Erdöl- und Erdgas-Multis geraten immer wieder in Konflikt mit oppositionellen Gruppen der Förderländer. Denn die zivile Bevölkerung hat vom Öl meist nur die negativen Umweltfolgen; viele Fördergebiete liegen ausserdem in den Heimatteritorien indigener Völker.¹



Von **Manuela Reimann**,
Redaktorin
Zeitschrift für
Friedenspolitik
(FriZ)

Allgemein besteht die Vorstellung, unser täglich Öl komme vor allem aus menschenleeren Wüsten Arabiens und Afrikas. Doch immer mehr Erdöl und Erdgas wird auch in tropischen und subtropischen Gebieten gefördert - zum Beispiel in Burma, Kolumbien, Venezuela und Nigeria - oder in ökologisch sensiblen Gebieten im Norden, wie in den Tundren Alaskas oder in der Taiga Sibiriens.

Lebensgrundlagen werden zerstört

Die Erdöl- und Erdgasförderung hat von Anfang an massive Auswirkungen auf die Umwelt. Gerade in Gebieten, wo indigene Völker bislang kaum von der Aussenwelt betroffen waren und von der sie umgebenden Natur leben, kann dies eine existenzielle Bedrohung bedeuten.

Schon mit den ersten Untersuchungen des Bodens und den Probebohrungen kommt es zu chemischen Verseuchungen von Böden und Gewässern.² Mit den ersten Ölarbeitern, dem Bau von Strassen und Landepisten durch Rodungen und vielen anderen Anfangsaktivitäten beginnt die Verdrängung der indigenen Gruppen - oder aber eine meist konfliktreiche Konfrontation, da viele Indigene zunächst ihr Land vor den Eindringlingen zu schützen versuchen. Teilweise verwenden sie dazu Gewalt, vielfach ist der Widerstand aber friedlich.

Je weiter die Öl- oder Gasförderung voranschreitet, umso massiver werden

die Auswirkungen auf die Umwelt. Die eigentliche Förderung, die Abfackelung, der Abtransport, vor allem aber unsachgemässe Handhabung führen zu Lecks, Luft-, Boden- und Gewässerverschmutzung und damit zu Krankheiten und einer Zerstörung der Lebensgrundlagen, was schliesslich oft eine Abwanderung der Einheimischen zur Folge hat. In Bolivien leckte im Februar 2000 eine Pipeline der Firma Transredes - die mehrheitlich Shell und Enron gehört - und verseuchte damit unter anderem den Poopo-See, von dem das indigene Volk der Uru Morato lebt. Den Uru Morato wurde eine unzureichende Kompensation angeboten, kaum etwas wurde zur Sanierung des Sees getan. Sollte sich dieser nicht rasch erholen, müssen die bereits unter Nahrungsmittelmangel leidenden Uru Morato wegziehen.

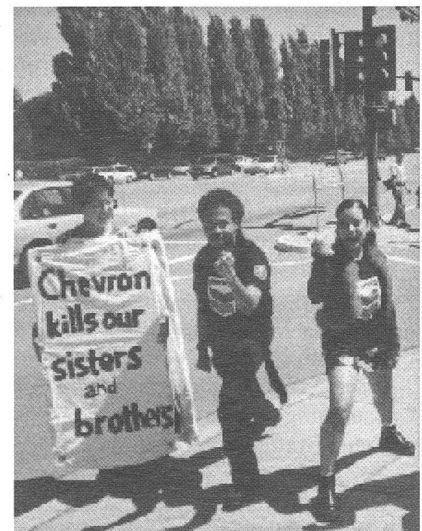
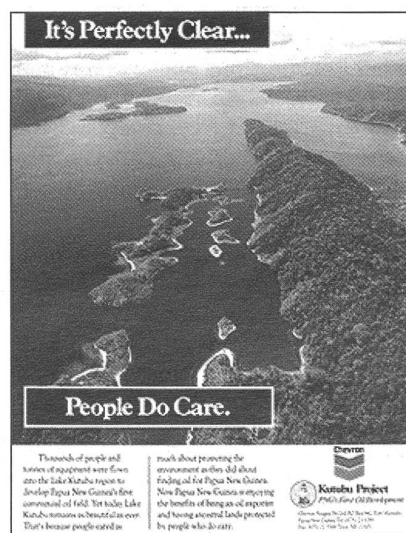
Ölmultis verletzen Menschenrechte

Die Erdölkonzerne ihrerseits versuchen anfangs oft, die Indigenen entweder

durch kleine Entgeltungen oder durch Jobs in den Förderanlagen zu bestechen, je nach Heftigkeit des Widerstandes scheuen sie sich in diversesten Fällen aber auch nicht davor, Militär, Paramilitär oder eigene bewaffnete Leute einzusetzen.

So kämpft beispielsweise das indigene Volk der U'wa in Kolumbien seit Jahren gegen die Ölförderung in ihrem Gebiet, da sie dies als Verletzung des heiligen Bodens ansehen. Mit gewaltlosen Blockaden und erfolglosen gerichtlichen Schritten konnten sie lange die Exploration verhindern. Während Shell sich aus dem Gebiet zurückzog, begann die Occidental Petroleum Corporation (USA) mit ersten Probebohrungen. Im Juli blockierten die U'wa nun eine Zugangstrasse zum geplanten Fördergebiet. Kurz nachdem der amerikanische Senat die neue Militärunterstützung an die kolumbianische Armee bewilligt hat, griffen bewaffnete Kräfte diese gewaltfreie Blockade der U'wa an und verletzten mehrere DemonstrantInnen.

Doch nicht nur wo die Erdölmultis mit indigenen Völkern zusammenstossen kommt es zu Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten. In vielen undemokratischen Ländern nimmt die Regierung wenig Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung, wenn es um schnelle Geld durch Öl geht - die ausländischen Konzerne nehmen dies in



Chevron wirbt mit der unberührten Natur. Die Menschen in Nigeria antworten mit Protest: «Chevron tötet unsere Schwestern und Brüder!»

Kauf. So beteiligen sich Total (Frankreich) und Unocal (USA) zusammen mit der staatliche-burmesischen Ölgesellschaft an einem 1,2 Milliarden-Gaspipeline-Projekt in Burma; dies im Wissen darum, dass die burmesische Armee Zwangsrekrutierungen (auch von Kindern) für die Arbeit an der Pipeline durchführt.

Chevron, Shell und die nationalen Petrol-Gesellschaften von Nigeria, Benin, Togo und Ghana planen eine Gaspipeline quer durch diese Länder bis ins Nigerdelta. Die protestierenden Dörfer Opian und Ikiyan in Nigeria wurden im Januar 1999 mehrmals von Soldaten angegriffen – aus Booten, welche von Chevron geleast waren.

Die British Petroleum BP wiederum geriet in die Schlagzeilen, weil die Firma das wegen Menschenrechtsverletzungen bekannte kolumbianische Militär für den Schutz des Pipelinebaus einsetzte, da Ölinstallationen ein beliebtes Ziel der Guerilla sind. BP unterstützte aber auch die Ausbildung von Soldaten und Paramilitärs in Anti-Guerilla-Taktiken und im Gebrauch von militärischen Waffen und engagierte selber Söldnertruppen; diesen wird vorgeworfen, mit Paramilitärs vernetzt zu sein, welche auch gegen ZivilistInnen vorgehen. BP soll auch Fotos und Video-

aufzeichnungen von DemonstrantInnen an die Armee weitergegeben haben.

Vom Widerstand zum Dialog?

Die sich gegen die Ölmultis formierende Opposition richtet sich dabei gar nicht immer gegen die Ölförderung per se. Lokale NGO, Gewerkschaften und vielerorts auch die Zivilbevölkerung fordern jedoch einen nachhaltigen Entwicklungsplan, gerechte Arbeitsbedingungen, wirksame Umweltschutzmassnahmen und eine Zusicherung, dass die Einnahmen aus dem Ölgeschäft zur Bekämpfung der Armut eingesetzt werden und nicht einfach die Geldbeutel der Mächtigen füllen.

Nach dem Skandal in Nigeria (siehe Kasten zu Nigeria) und aufgrund des zunehmenden Widerstandes der betroffenen Bevölkerungen änderte Shell – zumindest aus Imagegründen – seinen Umgang mit den Einheimischen und führt nun in gewissen Fällen den Dialog mit interessierten Gruppen. Shell führt nun auch zumindest in seinen Hochglanzprospekten Umweltstandards an. Andere versuchen, bestehende Umweltauflagen zu umgehen, wie zum Beispiel der US-Konzern Mobile, der für eine Konzession im Regenwald-

gebiet Madre de Dios in Peru eine bereits für ein anderes Gebiet verwendete Umweltverträglichkeitsprüfung einreichte.

Die meisten Probleme mit Umwelt- und Menschenrechten in den Förderländern werden von den Konzernen mit dem Argument abgetan: «Wir sind ein Energieunternehmen, keine politische Partei»³ □

¹ Die Beispiele im folgenden Text stammen von den Umweltorganisationen «Oilwatch» und «Project Underground», welche die Auswirkungen der Öl- und Gasförderung auf Mensch und Umwelt untersuchen und zugleich als Lobbystelle funktionieren. Weitere Informationen sind auf dem Internet zu finden unter: www.oilwatch.org und www.moles.org. Auch Greenpeace Deutschland publiziert Informationen zu den Folgen der Ölförderung: www.greenpeace.de -> Themen und Kampagnen -> Öl und Offshore. Das Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie «infoe Schweiz» ist dabei, eine Studie zu den Auswirkungen der Ausbeutung fossiler Ressourcen auf indigene Völker zu publizieren. Informationen: infoe Schweiz, Freiesteinstrasse 5, 8032 Zürich. Tel. 01 634 48 25, infoe@ethno.unizh.ch.

² Sabine Ziegler: «Schäden am Anfang der Pipeline», in: Zeitschrift für Friedenspolitik, FriZ 3/00.

³ So der Sprecher der u.s.-amerikanischen Firma Unocal, als er auf die Menschenrechtsverletzungen in Burma angesprochen wurde.

Shells Image-Katastrophe

Die Firma Shell geriet Anfang der 90er Jahre wegen der Hinrichtung des Menschenrechtsaktivisten und Schriftstellers Ken Saro-Wiwa durch das nigerianische Regime in Negativschlagzeilen, aus welchen sie bis heute nicht herauskommt, wie die kürzliche Geiselnahme von 165 Shell-Mitarbeitern in Nigeria beweist.

Nigeria ist der sechstgrösste Ölförderstaat der Welt, täglich werden zwei Millionen Barrel Öl aus dem Boden und dem Wasser geholt. Insbesondere im Siedlungsgebiet der Ogoni am Nigerdelta förderte Shell von 1958 bis 1993 Erdöl im Wert von 30 Milliarden Dollar. Von diesem Geld hat die Zivilbevölkerung allerdings kaum je etwas gesehen, dafür musste sie massive Verschmutzungen ihrer Lebensgrundlage - eines der grössten Feuchtgebiete der Welt - in Kauf nehmen. Breite Ölteppiche sind die Folgen der Ölproduktion, die Böden und

Gewässer sind auf Jahrzehnte verseucht, das Öl hat in den Mangrovensümpfen eine steinharte Kruste gebildet.

Shell hat Armee mit Waffen versorgt

Als die Ogoni begannen, sich gewaltlos zu wehren, wurde ihr Widerstand vom nigerianischen Militär brutal un-



Schriftsteller Ken Saro-Wiwa wurde zusammen mit acht Mitstreitern 1995 hingerichtet.

terdrückt. Die vom Schriftsteller Ken Saro-Wiwa geleiteten Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes MOSOP

verstand es allerdings, sich internationales Gehör zu verschaffen, so dass sich Shell schliesslich aus dem Ogoni-Gebiet zurückziehen musste. Die Ölförderung der nigerianischen Diktatur unter Sana Abacha dauerte aber an, der Widerstand der Ogoni und mittlerweile auch anderer Gruppen wurde brutal sanktioniert. Ken Saro-Wiwa und acht Mitstreiter wurden 1995 hingerichtet. Dies führte zu weltweiten Protesten nicht nur gegenüber dem nigerianischen Militärregime, sondern auch gegenüber Shell. Der Konzern musste schliesslich zugeben, die nigerianische Armee mit Waffen unterstützt zu haben und eigene Polizeikräfte bezahlt zu haben.

Neun Jahre nachdem die Ogoni vor Gericht gezogen sind, haben sie nun Recht bekommen. Ein nigerianisches Gericht verurteilte den britisch-niederländischen Konzern Shell im Juni zur Zahlung von 40 Millionen Dollar als Entschädigung für die Umweltschäden. Shell kündigte Berufung an.